

1 Marx ist tot!

1.1 Zeitenwende 1989: Der Kapitalismus als Sieger

Im Februar 2022 haben sich mit dem russischen Überfall Russlands auf die Ukraine grundlegend scheinende Gewissheiten schlagartig in Luft aufgelöst. Viele empfanden Orientierungslosigkeit und zum Teil auch Zukunftsangst. Wie würde sich die politische und wirtschaftliche Lage entwickeln? Dieses Gefühl wird sicherlich noch einige Zeit unser Begleiter bleiben. Aber neben dieser aktuellen Zeitenwende ist im kollektiven Gedächtnis eine andere weiterhin präsent – die Wendezeit von 1989 bis 1991. Die jüngere Generation kennt sie vielleicht aus dem Gemeinschaftskunde- oder Geschichtsunterricht. Aber sie kann die Bedeutung der damaligen Ereignisse für ihre Eltern und Großeltern nicht wirklich nachvollziehen. Daran wird erkennbar, wie schwierig es ist, historische Erfahrungen weiterzugeben, denn die nachfolgenden Generationen leben in ganz anderen Kontexten. Heutige Jugendliche können nicht verstehen, wie man auf die Idee kommen konnte, mitten durch Deutschland eine Grenze zu ziehen. Dies zeigt, wie schnell sich die Wahrnehmung verändern kann, von der Akzeptanz der geopolitischen Realität zum Unverständnis angesichts einer absurd anmutenden Anomalie.

Für die Zeitzeugen der damaligen Ereignisse war die Wende eine der entscheidenden politischen Zäsuren ihres Lebens. Jeder von ihnen kann sich an die unerwartete Öffnung der Berliner Mauer erinnern. An die Emotionen, als glückliche Menschen über die Grenzübergänge strömten und auf dem Kurfürstendamm tanzten. Auch 1989 lösten sich viele zuvor unverrückbar scheinende Strukturen und Überzeugungen plötzlich auf, im Gegensatz zu heute allerdings in eine positive Richtung. Nach der Aufhebung von Blockaden und Bedrohungsszenarien schien nun vieles möglich, eine Aufbruchstimmung erfasste die Menschen in West- und vor allem Osteuropa. Die latente, vom Kalten Krieg und dem Wettrüsten ausgehende Gefahr war plötzlich weg. Die Anspannung wich der Hoffnung auf eine positive Zukunft. Gerade in Deutschland war man sich bewusst, dass man das Schlachtfeld des Dritten Weltkriegs gewesen wäre, auch mit atomaren Waffen. Umso grö-

ber war nun die Erleichterung über die deutlich spürbare Entspannung der politischen und militärischen Lage.

Es war für den damaligen Beobachter fast erstaunlich, wie schnell sich diese Veränderungen vollzogen. Nur einige Jahre vorher machten die Machtblöcke einen derart stabilen Eindruck, dass ein Ende des Kalten Krieges in weiter Ferne schien. Innerhalb kurzer Zeit war dann der aggressive und zumindest militärisch kraftstrotzende sowjetische Machtblock geradezu implodiert (Furet 1998, S. 7, 623). Das dadurch ausgelöste politische Beben war über Europa hinaus auch weltweit durchaus spürbar. Denn die Sowjetunion hatte mithilfe ihrer Rohstoffträge in vielen Ländern politisch Einfluss genommen, um die Idee der Weltrevolution zu verbreiten. Sie versuchte, sympathisierende Regierungen zu installieren und sie finanziell zu stützen. Die atomare Abschreckung hatte zudem eine Verlagerung des jahrzehntelangen Machtkampfes zwischen UdSSR und USA in genau diese sozialistischen Experimente bewirkt. Auf Nebenkriegsschauplätzen wie Korea, Kuba, Vietnam, Angola, Moçambique, Nicaragua oder Afghanistan wurden Stellvertreterkriege ausgetragen (Margolin 1998, S. 633ff.; Santamaria 1998, S. 763ff.; Boulouque 1998, S. 786f., 790). Doch mit der Wende und dem Versiegen der finanziellen Mittel endete dieses Phänomen (mit Ausnahme von Nordkorea und Kuba).

Trotz gewisser lokaler Unterschiede wirkten alle kommunistischen Regierungen, unabhängig vom jeweiligen Kontinent und dem kulturellen Hintergrund, als „Klone“ des sowjetischen Modells. Sie alle hatten die Bürgergesellschaft systematisch zerstört, Unternehmer enteignet und die Landwirtschaft kollektiviert (Bartosek 1998, S. 447-451). In allen sozialistischen Experimenten, beginnend mit der Sowjetunion selbst, waren die freiheitlichen Ideale der Anfangsphase schnell politischer Repression gewichen. Alle, die sich der „objektiven Wahrheit“ des Sozialismus bzw. Kommunismus widersetzen, gerieten dabei ins Fadenkreuz (Werth 1998, S. 87f., 168ff., 211-214). Zur Durchsetzung ihrer ökonomischen und gesellschaftspolitischen Ziele und auch zum Machterhalt waren die sozialistischen Staatsapparate zu vielem bereit. In allen Ländern, in denen sie die Kontrolle ausübten, wurden Meinungsfreiheit und politische Alternativen systematisch unterdrückt. Diese übereinstimmende Entwicklung war kein Zufall, wie im weiteren Verlauf dieses Buches klar werden sollte.

In ganz Europa konnte man ab 1989 eine Euphorie spüren, endlich konnte die als künstlich empfundene Teilung des Kontinents überwunden und eine neue, gemeinsame Zukunft gestaltet werden. Besonders schmerzlich war die Trennung sicherlich an der innerdeutschen Grenze. Deshalb wollte die Bevölkerung in Ostdeutschland schnellstmöglich die politische und ökonomische Teilung des Landes aufheben. Auch die anderen osteuropäischen Staaten wollten die erzwungene Isolation von Westeuropa endlich beenden. Denn die Sowjetunion hatte ihre „Beute des Zweiten Weltkriegs“ in besonders festem Griff gehalten. Ungarn und die Tschechoslowakei mussten in den 1950er bzw. 1960er Jahren sogar eine gewaltsame Besetzung ertragen. Polen entging ihr in den 1980er Jahren nur durch die Einführung einer Militärdiktatur (Furet 1998, S. 606). Nun wollten die Menschen hinter dem „Eisernen Vorhang“ ihren Platz im europäischen Haus einnehmen.

Was aber waren die Hauptgründe für diese radikalen machtpolitischen Verschiebungen auf globaler Ebene? Warum hatte das westliche Machtzentrum um die USA den Kalten Krieg so klar gewonnen und die UdSSR aus der damaligen bipolaren Weltordnung verdrängt?

Damals war der allgemeine Konsens, dass die USA und ihre NATO-Verbündeten nicht nur militärisch und politisch gewonnen hatten, sondern ebenso wirtschaftlich. Auch der Kapitalismus hatte also über den Kommunismus triumphiert, genauer gesagt war der ökonomische Faktor letztendlich entscheidend. Die Planwirtschaft war in allen Ländern, die sich dem marxistischen Weg verschrieben hatten, umgesetzt worden. Gemeinsam hatten sie daher die staatliche Kontrolle über die Produktionsmittel, kombiniert mit allumfassender Planung. Folgerichtig waren die eklatanten ökonomischen Schwächen in allen kommunistisch geprägten Staaten ebenfalls sehr ähnlich. Unabhängig davon, ob sie sich in Europa, Asien, Afrika oder Mittelamerika befanden. Im direkten Vergleich zu den westlichen Industrieländern erwies sich die Sowjetunion in zwei entscheidenden ökonomischen Fronten des Kalten Krieges als unterlegen.

Als erste ökonomische Front gilt der Rüstungswettlauf gegen die USA. Hauptursache für die Niederlage der Sowjetunion war ihre relative finanzielle Schwäche, denn eine zunehmende Technisierung der Waffensysteme trieb die Kosten immer weiter in die Höhe. Die Verteidi-

gungsausgaben der UdSSR hatten sich im Zeitraum 1960-1975, also noch vor dem Afghanistan-Krieg, auf fast 500 Mrd. USD verdoppelt. Bereits 1971 hatten die Ausgaben für den „militärisch-industriellen Komplex“, wie dieser Bereich in der Sowjetunion hieß, das Budget des Pentagon dauerhaft überholt (Davis 2010, S. 269f.). Entscheidend ist jedoch nicht dieses Übergewicht in absoluten Zahlen. Aufgrund der Ineffizienz der Planwirtschaft war die Last der Militärausgaben für die Sowjetunion deutlich schwerer zu stemmen als für die Vereinigten Staaten. So wendete die UdSSR in den 1980er Jahren bis zu 15 % Ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für den Militär- und Rüstungssektor auf (Gregory 2010, S. 314). Die USA kamen in diesem Zeitraum nicht über 8 % und selbst das nur auf dem Höhepunkt des Vietnam-Krieges. Ansonsten blieben sie stets unter 6 %, da sich ihre Wirtschaft wesentlich stärker entwickelt hatte (Fordham 2010, S. 216; Engerman 2010, S. 210). Um dies am Beispiel Deutschlands zu veranschaulichen: 15 % des BIP wären heute ein Verteidigungsetat von fast 600 Mrd. EUR pro Jahr (!). Tatsächlich betrug sein Umfang 2022 nur knapp 50 Mrd. EUR (Statistisches Bundesamt 2023b; Bundesministerium der Finanzen 2022). Auch die angekündigten, zusätzlichen 100 Mrd. EUR ändern das Bild nicht entscheidend.

Zwar konnte durch diese ungeheure Belastung von Staatshaushalt, Wirtschaft und Konsum ein quantitativer Vorteil erreicht werden. Der Warschauer Pakt konnte also mehr Panzer, Flugzeuge und Kanonen vorweisen als die NATO. Gleichzeitig verlor sie aber den wichtigeren Zweikampf, nämlich den um die technologische Vorherrschaft. Dadurch verringerte sich zunehmend die Wirksamkeit der eigenen Waffen. Auch im militärischen Bereich gab es staatliche Planung und hierarchisch organisierte Forschungsinstitute. Dieser Ansatz war dem Konkurrenzprinzip der US-Rüstungsindustrie eindeutig unterlegen. Der Höhe- und Endpunkt des Wettrüstens war die 1983 von Ronald Reagan verkündete „Strategic Defense Initiative“ (SDI). Die USA wollten neuartige Waffensysteme entwickeln, mit denen sowjetische Interkontinentalraketen unter anderem im Weltraum abgefangen werden konnten. Dieses Programm war zwar weitgehend erfolglos, zwang die Sowjetunion damals jedoch zu einer entsprechenden Reaktion. Um jeden Preis wollte deren Führung ihre Fähigkeit zum atomaren Gegenschlag und damit das „Gleichgewicht des Schreckens“ erhalten. Aber das finanzielle und technologische Scheitern dieses Versuchs legte die

Überforderung der Sowjetunion im Rüstungswettlauf endgültig offen. In zahlreichen Sektoren hatte sie ihre Ressourcen überdehnt, was ihren Niedergang und Zerfall zweifellos beschleunigte.

Als zweite ökonomische Front werden die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung betrachtet. Die sozialistische Planwirtschaft war immer weniger in der Lage, diese zu erfüllen, was für die Parteiführung trotz des staatlichen Repressionsapparates beunruhigend war. Denn diese Problematik stellte eine Art stillschweigendes Abkommen zwischen Regierung und Bevölkerung in Frage: Die Akzeptanz der Macht der KPdSU wurde erkaufte mit einer Verbesserung der Versorgungslage für die breite Bevölkerung (Engerman 2010, S. 198f.). Der Lebensstandard konnte im Vergleich zur bitterarmen Nachkriegszeit tatsächlich gesteigert werden. Die Ineffizienzen in allen Bereichen der Wirtschaft setzten dem jedoch klare Grenzen. Die Schwerpunktsetzung zugunsten von Schwerindustrie, Verteidigungshaushalt und internationalem Engagement verschärfte die Lage zusätzlich. So blieb für die einfachen Menschen, also die von Marx so geschätzten Arbeiter, nur wenig übrig. Im Gegensatz zu privilegierten Parteimitgliedern oder Ausländern hatten sie keinen Zugang zu zusätzlichen Konsumgütern. Die in den 1970er Jahren einsetzende wirtschaftliche Stagnation der Breschnew-Ära machte einen Ausgleich der Schieflage unmöglich. Denn auch ein Rubel kann nur einmal ausgegeben werden, entweder für den Industrie- oder den Konsumsektor. Die Angebotslücken waren allgegenwärtig, die Schlangen vor den Geschäften legendär. Nur über persönliche Beziehungen oder zu überhöhten Preisen ließen sich Waren und Dienstleistungen organisieren.

Durch die horrenden Verluste im Agrarsektor konnte die Sowjetunion trotz bester Böden nicht einmal die eigene Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen. Der einst weltgrößte Exporteur von landwirtschaftlichen Erzeugnissen musste ab den 1960er Jahren Fleischprodukte und sogar Weizen importieren. Es ist verwunderlich, wie dieses massiv defizitäre System so lange bestehen konnte. Von 1917 bis 1989 vergingen immerhin über 70 Jahre. Der Schlüssel zu dieser Frage liegt in der Vielfalt und großen Menge an natürlichen Reichtümern in den Weiten der Sowjetunion. Wäre dies nicht der Fall gewesen, hätte die erste proletarische Revolution wohl schnell ihr Ende gefunden. So aber konnten die Verluste des globalen sozialistischen Wirtschaftsraums lange Zeit mit

den Erlösen aus Rohstoffexporten ausgeglichen werden (Davis 2010, S. 274). Dabei waren die 1974-1981 hohen Preise für Erdöl und -gas zweifellos hilfreich. Aber im weiteren Verlauf der 1980er Jahre verließ die Sowjetführung auch hier das Glück, denn der Ölpreis sank bis 1988 um mehr als 50 % (BP Statistical Review of World Energy 2020, S. 26). Damit war auch diese Finanzierungsquelle, die den kommunistischen Block über lange Jahre am Leben erhalten hatte, erschöpft.

Neben der Entwicklung der Sowjetunion ist für uns natürlich das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik von besonderem Interesse. Bei genauer Betrachtung wird deutlich, dass dort ein hoher Lebensstandard erreicht wurde, zumindest im Vergleich zu den Ostblock-Ländern. Doch die SED-Führung konnte davon politisch nur wenig profitieren. Denn die Vergleichsperspektive der DDR-Bürger war nicht etwa der niedrigere Lebensstandard in den anderen osteuropäischen Ländern. Sie schauten auf den deutlich höheren beim westlichen Nachbarn, der Bundesrepublik. Aus dieser Gegenüberstellung konnte die DDR und mit ihr die Planwirtschaft nur als Verlierer hervorgehen. Die innenpolitische Autorität der Regierung schwächte das immens.

Die Reformpolitik von Michail Gorbatschow wäre eine oder sogar die letzte Chance gewesen, die politische und ökonomische Sphäre zukunftsfähig zu gestalten. Gerade die Jugend in der DDR hatte angesichts der Entwicklungen beim „großen Bruder“ Sowjetunion neue Hoffnung geschöpft. Die eher linksorientierten unter ihnen wollten die sozialistischen Ideale endlich verwirklicht sehen. Andere dagegen strebten eine Öffnung in Richtung westlicher Freiheiten und Marktwirtschaft an. In den letzten Jahrzehnten hatte die SED-Führung alle Kurswechsel der Sowjetunion klaglos mitgemacht. Diesmal galt das Motto „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“ jedoch nicht. Erich Honecker und das greise Politbüro lehnten jegliche Reformen strikt ab und leiteten mit ihrer Sturheit das Ende der DDR ein. Denn 1988/89 schloss Gorbatschow eine militärische Einmischung in innenpolitische Konflikte der osteuropäischen Staaten aus. Diese Aufhebung der „Breschnew-Doktrin“ änderte die innenpolitische Situation entscheidend. Nun musste keine Wiederholung des traumatischen, gescheiterten Volksaufstands von 1953 gefürchtet werden. Auch keine gewaltsame Invasion wie 1956 in Ungarn oder 1968 in der Tschechoslowakei. Jetzt eröffneten sich ganz neue Optionen für einen eigenstän-

digen, selbstbestimmten, alternativen Weg. Die Massendemonstrationen in der DDR nahmen Fahrt auf, immer mehr Menschen schlossen sich ihnen an. Trotz Verhaftungen und Gewaltanwendung konnte die Staatsmacht die Kontrolle über die Situation nicht mehr zurückgewinnen. Die Parteiführung schreckte vor der „chinesischen Variante“, also einer gewaltsamen Niederschlagung, zurück. In der Folge erzwangen die Bürger letztendlich die Öffnung der innerdeutschen Grenze am 9. November 1989. Damit war die DDR nicht nur bankrott, wie ein Bericht an das Politbüro vom Oktober 1989 schonungslos offenlegte, sondern ebenso politisch am Ende (Kolev 2010, S. 43).

Aber auch in der Sowjetunion scheiterte Michail Gorbatschow mit seinen verzweifelten Rettungsbemühungen. Er hatte versucht, den angeschlagenen Sozialismus ökonomisch zu reformieren („Perestroika“ = Umbau/Umstrukturierung) und zumindest ansatzweise zu demokratisieren („Glasnost“ = Offenheit/Transparenz) (Furet 1998, S. 620). Doch letztlich war all dies vergeblich, ab 1987 gab es in weiten Teilen der Sowjetunion sogar Grundnahrungsmittel nur noch rationiert mit Lebensmittelkarten. Die Läden waren wie leergefegt, selbst im eigentlich privilegierten Moskau. Diese Versorgungskrise überstrapazierte selbst die legendäre russische Leidensfähigkeit. Die Parteipropaganda klang in dieser kritischen Situation wie Hohn und hatte sich endgültig meilenweit von der Lebensrealität der Menschen entfernt. Gleiches galt für die fünfstündigen Parteitagsreden von Gorbatschow über die Erfolge des Sozialismus.

Die gleichzeitige Öffnung der gesellschaftlichen Diskussion erfolgte keineswegs ergebnisoffen, das Ziel war vielmehr die rein systeminterne Verbesserung des Sozialismus. Gorbatschow hatte Gefallen am amerikanischen Zwei-Parteien-System mit einem starken Präsidenten gefunden. Seine Vorstellung von Demokratie war eine prinzipielle Fortsetzung des Sowjetsystems mit nur halbherzigen Änderungen. Die KPdSU sollte in einen reformerischen und einen konservativen Flügel aufgeteilt werden, analog zu den Demokraten und Republikanern. Wahrscheinlich konnte Gorbatschow aufgrund seiner lebenslangen politischen Prägung den Kommunismus einfach nicht hinter sich lassen. Als Resultat brachte er die Konservativen in der Partei gegen sich auf, denen die Zugeständnisse zu weit gingen. Aber auch die Reformer, die radikalere Veränderungen forderten, wandten sich von ihm

ab. So verlor Gorbatschow schließlich jegliche politische Basis und massiv an Zustimmung in der Bevölkerung. Die Entwicklung ging gewissermaßen über ihn hinweg und er verlor zunehmend an Einfluss auf den Veränderungsprozess. Der jahrzehntelang angestaute politische Druck und die Unzufriedenheit mit der ökonomischen Situation ließen sich nicht mehr in den von Gorbatschow vorgesehenen Bahnen halten. Diese nicht mehr kontrollierbare Energie hob nach dem Putschversuch 1991 die gesamte politische Ordnung aus den Angeln. Den darauf folgenden Zerfall der Sowjetunion empfanden viele ihrer Menschen und Völker als Befreiung. Für Vladimir Putin hingegen war es die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ und er versucht heute mit aller Macht, diesen Prozess zu revidieren (Thumann 2023, S. 7).

Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ erlebte die Weltwirtschaft eine radikale Veränderung und einen bis dahin ungekannten Globalisierungsschub. Dieser hatte bereits mit der 1978 eingeleiteten Reformpolitik von Deng Xiaoping in China begonnen. Nun beschleunigte er sich aber nochmals und veränderte die internationale Arbeitsteilung nachhaltig. Die neuen Produktions- und Absatzmärkte in den ehemals sozialistischen Ländern wurden in den Weltmarkt integriert. Auch viele bisher ökonomisch verschlossene Länder Asiens und Lateinamerikas gaben ihren Widerstand gegen die Marktwirtschaft auf. Ungarn, Tschechien und die Slowakei wurden schnell zu wichtigen Zulieferer-Standorten für die deutsche Automobilindustrie. Ebenso entwickelte China gigantische Produktionskapazitäten für Aufträge aus den westlichen Industrieländern. Für beide Entwicklungen wurden wiederum Maschinen und andere Investitionsgüter benötigt. Daraus entstand ein Exportboom für die führende deutsche Maschinenbauindustrie, der bis heute anhält.

Als Resultat dieser Entwicklungen verschmolzen die einzelnen Fabriken zu einer neuartigen, fragmentierten globalen Lieferkette. Durch sie konnten Hunderte Millionen Menschen zusätzlich als Arbeitskräfte in die Marktwirtschaft integriert und aus der Armut befreit werden (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 2019, S. 12ff.). Die entstehenden Mittelschichten in den Schwellenländern schufen mit ihren steigenden Einkommen und ihrem materiellen Nachholbedarf eine zusätzliche Konsumnachfrage. Dadurch wurde wiederum die Weltwirtschaft noch stärker angetrieben.

1.2 Marx hat sich geirrt

Im vorangehenden Kapitel haben wir die sozioökonomischen Ursachen für das Scheitern der sozialistischen Experimente im 20. Jahrhundert betrachtet. Wenden wir uns nun der Frage zu, welchen Anteil Karl Marx und seine Theorie daran hatten.

Der allgemeine Konsens ist, dass Marx durchaus überzeugende Analysen der Vergangenheit erarbeitet hat. So hat sich seine Einteilung in historische Epochen wie Feudalismus und Kapitalismus bis heute durchgesetzt. Auch seine Analyse der Gründe für den Übergang zwischen diesen beiden Epochen wird durchaus anerkannt. Diese positive Einschätzung gilt jedoch nicht für seine Konzepte bezüglich der Zukunft bzw. dem, was seine Anhänger aus seinen Schriften abgeleitet haben (Kocka 2018; Stedman Jones 2017, S. 24, 117). War Karl Marx nicht ein Denker des 19. Jahrhunderts? Sind seine Ideen nicht schon im 20. Jahrhundert ernüchternd gescheitert? Können uns seine Thesen bei der Lösung der heutigen Probleme überhaupt helfen?

Marx war davon ausgegangen, dass alle ökonomischen Epochen von Ungleichheit, Ausbeutung und Klassenkampf geprägt werden. Ebenso betonte er die Bedeutung einer vollen Ausreifung jeder dieser ökonomischen Phasen (Euchner 1982, S. 106, 120). Dies gilt natürlich auch für das Ende des Kapitalismus und den Übergang zur nächsten Entwicklungsstufe, den Sozialismus. Dementsprechend konnte die von ihm angestrebte Weltrevolution nur in den am weitesten entwickelten Ländern stattfinden. Zu seiner Zeit waren das vor allem England, Deutschland und Frankreich, heute müsste man natürlich die USA hinzunehmen. Zum Schauplatz der ersten am Marxismus ausgerichteten Revolution wurde aber das Russische Reich, weitgehend agrarisch geprägt und nur rudimentär industrialisiert (Reheis 2011, S. 125). Ähnliches gilt für die späteren sozialistischen Länder, unter denen sich keines der vorhergesagten Industrieländer befindet. Die tatsächliche historische Entwicklung hat also gezeigt, dass er sich in diesem wichtigen Punkt geirrt hat.

Aber warum blieb die proletarische Weltrevolution aus? In den (west) europäischen Industrieländern erwies sich das System als wesentlich anpassungsfähiger, als Marx erwartet hatte. Er war davon ausgegan-

gen, dass die Arbeiter keine Möglichkeit haben würden, sich aus ihrem Elend zu befreien. Sie wären gezwungen, sich in ihrem Leid in radikalen Interessengruppen zusammenschließen und einen Umsturz anzustreben. Aber diese Vorhersage traf nicht ein, der Aufstand blieb auf lokale und zeitlich begrenzte Unruhen begrenzt. Das Konfliktpotenzial zwischen Arbeitern und Kapital nahm im Verlauf der Entwicklung nicht zu, sondern eher ab. Denn mit der Zeit gelang es den Arbeitern, die angespannte soziale Lage zu entspannen. Entgegen Marx' Erwartung konnten sie die Zulassung von Gewerkschaften und damit eine stärkere Verhandlungsposition durchsetzen. Auch der Staat agierte keineswegs als reiner Erfüllungsgehilfe von Unternehmensinteressen und damit auf der Seite der kapitalistischen Ausbeutung. Die Gesellschaft teilte sich also nicht in rechtlose Arbeiter auf der einen Seite und Unternehmer und Staat auf der anderen Seite, wie er angenommen hatte. Vielmehr versuchte der Staat, eine Vermittlerposition zwischen Arbeitern und Unternehmern einzunehmen. Sein primäres Ziel war die Stabilität der bestehenden Ordnung. Dafür intervenierten verschiedene Regierungen massiv zugunsten der unteren und mittleren Klassen in verschiedene Marktmechanismen. Zum Beispiel zugunsten einer finanziellen Umverteilung innerhalb der Gesellschaft durch eine progressive Steuerbelastung. Auch existenzielle Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Altersarmut wurden durch staatlich organisierte Sicherheitssysteme entschärft (Reheis 2011, S. 125, 128). Mit beiden Maßnahmenpaketen konnte die soziale Ungleichheit deutlich verringert und damit das revolutionäre Potenzial entschärft werden.

Dieser Prozess verlief in zwei aufeinanderfolgenden Etappen: Die erste war die Einführung der Sozialversicherung Ende des 19. Jahrhunderts. Der damalige Reichskanzler Otto von Bismarck führte sie als Reaktion auf die aufkommende Arbeiterbewegung ein. Das dadurch etablierte Sozialsystem diente als Basis für die zweite Etappe, die Etablierung der sozialen Marktwirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (Kromphardt 2018, S. 233f.). Letzteres geschah auch wegen des „Konkurrenzmodells“ in Osteuropa, dem sozialistischen Vollversorgungsstaat.

Insofern könnte man zynisch sagen, dass die beste politische Wirkung von Marx die war, dass man ihn so verzerrt rezipiert hat, dass die Gegenutopie, die man gegen ihn entwickelte, eine wahrhaft humanistische Philosophie und Praxis war. Die sozi-